

Jagd auf Problemwölfe bald leichter?

Umweltminister Lies will neue Verordnung noch im Herbst erlassen

HANNOVER Nach anhaltendem Streit um die wachsende Zahl von Wölfen in Niedersachsen will Umweltminister Olaf Lies (SPD) noch im Herbst die schon länger erwartete Wolfsverordnung erlassen. „Es muss ein Nebeneinander von Weidetierhaltung und Wolf geben. Aber um das sicherzustellen, braucht es Rahmenbedingungen“, sagte Lies zur Zielsetzung der Verordnung.

Unkomplizierter als bisher soll es möglich sein, Problemwölfe abzuschließen, die etwa Schutzzäune überspringen und Rinder und Pferde töten. Inzwischen gibt es 35 Rudel mit 300 bis 350 Wölfen in Niedersachsen, rund ein Dutzend der Tiere könnte im Moment in die Kategorie Problemwolf fallen. „Wir werden auch beim Wolf ins System eingreifen müssen und können nicht die Vorstellung haben, dass die natürliche Entwicklung das alles löst, ohne dass es einen natürlichen Feind gibt“, sagte Lies.

Abgesehen von den immensen Kosten müsse man auch angesichts der weiter wachsenden Population des Wolfes in die Lage kommen, mit anderen Maßnahmen zu handeln. „Wenn erwachsene

KOMMENTAR

Kompromiss für Wolf und Weidetiere

Die Diskussion um den Wolf ist derart festgefahren, dass der rechte Glaube fehlt, dass der Konflikt noch ein gutes Ende findet. Ist es so schwer anzuerkennen, dass unsere Vorfahren gute Gründe hatten, das Raubtier auszurotten? Und ist es andersherum so schwer einzusehen, dass die Rückkehr der Wölfe aus Naturschutzsicht ein Erfolg ist und ein Leben mit dem Wolf im 21. Jahrhundert möglich sein sollte?

Nach langem Hin und Her wird nun ein wenig bei den Vorgaben zum Abschuss sogenannter Problemwölfe nachjustiert. Es soll einfacher



Von
Dirk
Fisser

werden, auffällige Tiere zu töten. Wie schwer das ist, haben erfolglose Versuche in der Vergangenheit gezeigt. Auch deswegen werden diese Änderungen den Konflikt nicht befrieden.

Vor allem wächst die Wolfspopulation weiter und damit auch die Probleme. Was wäre eine tragfähige und langfristige Lösung? Es ist die bundesweite Einigung auf eine Popu-

lationsgröße, die mit der Nutzung der Landschaft in Einklang zu bringen ist. In der bundesweiten Diskussion sollten besonders diejenigen Bundesländer Gehör finden, die bislang von den Problemen betroffen sind – Niedersachsen, Schleswig-Holstein und die östlichen Bundesländer. Hier weiß man, was auf absehbare Zeit bundesweit droht und dass es nicht so weitergehen kann wie bislang. Es braucht endlich einen Ausgleich der Interessen: Weidetiere und Wolf – das sollte doch möglich sein!

d.fisser@noz.de

Rinder oder Pferde sich nicht mehr selber schützen können, ist nicht der Zaun das Problem, dann ist auch der Wolf das Problem.“ Mit der Verordnung soll künftig nicht mehr eine auf jeden Einzelfall zugeschnittene Ausnahmegenehmigung nötig sein, sondern nach einem standardisierten Verfahren vorgegangen werden. „Unser Ziel ist, dass es na-

türlich leichter wird als jetzt“, so Lies. Wenn ein Wolf die für eine bestimmte Region definierte Kategorie von Herdenschutz überwindet und Weidetiere angreift, ist damit nach festgelegten Kriterien die Grundbedingung für eine Ausnahme erfüllt. „Und da hoffen wir natürlich, dass wir mit der Verordnung schneller auch in der Lage sind, das,

was wir dann entscheiden, auch umzusetzen.“

Genau darauf hofft auch der Vizepräsident des Landesbauernverbandes, Jörn Ehlers. „Die fehlende Umsetzung, das ist das, was uns als Tierhalter oder auch vielleicht die Bürger sehr verzweifeln lässt.“ Die Hoffnung sei, dass die neue Wolfsverordnung nicht nur ein Stück

Papier bleibe, sondern ermögliche, tatsächlich den Wolf zu entnehmen, der einen Schaden verursacht habe. „Das, glaube ich, ist unser gemeinsames Ziel.“ Sorge macht Ehlers unterdessen die hohe Zahl der Wolfsrisse, knapp 700 waren es bis Ende August. „Meiner Meinung nach müssen wir irgendwann anfangen, auch eine Bestandsregulierung zu ermöglichen.“ Dafür müsse der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen werden, wenn er wieder als langfristig lebensfähig in Deutschland eingestuft wird. „Und ich denke, dass das nicht mehr in weiter Ferne ist.“

Lies sieht es als Hemmschuh, dass bei der Neufassung des Bundesnaturschutzgesetzes keine klaren Zahlenvorgaben für den Wolfsbestand gemacht wurden. „Meine Forderung an den Bund war, eine Untergrenze zu benennen. Welche Population ist notwendig, damit der Bestand des Wolfes nicht gefährdet ist? Aber das ist eine Sache, die das Bundesrecht im Moment nicht hergibt.“ Ebenso wenig sei definiert worden, ab welcher Zahl der Bestand als gesichert anzusehen sei und weitere Wölfe, wenn nötig, entnommen werden könnten. *dpa*